

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/05/2007

**über die öffentliche Sitzung am 22.05.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 20:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Rudolf Beyrich	- i. V. f. StV Behr -
Herr Rolf Griesenberg	
Frau Annika Korts	- i. V. f. StV Düwel -
Herr Hinrich Schmick	- i. V. f. StV Aschmann -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen
Herr Horst Marzi

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein	- Seniorenbeirat -
Herr Hendrik Olschewski	- Kinder- u. Jugendbeirat -

Verwaltung

Frau Angela Haase	- Protokollführerin -
Herr Horst Kienel	- Berichterstatter -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann
Frau Carola Behr
Herr Harald Düwel
Herr Steffen Rotermundt

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 04/2007 vom 24.04.2007
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 **2007/053**
7. Fachziele **2007/036**
8. Verschiedenes
9. Kenntnisnahmen

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird nicht verändert.

Zwischenzeitlich wurde eine Vorlage zur Veräußerung des Gebäudes Bünningstedter Straße 38 erstellt; als Beratungstermin im Finanzausschuss ist der heutige Tag vermerkt. Herr Kienel weist darauf hin, dass die Vorlage ihn nicht rechtzeitig vor Erstellung der Einladung erreichte. Dieser Tagesordnungspunkt wird in der kommenden Sitzung des Finanzausschusses behandelt.

3 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 04/2007 vom 24.04.2007

Keine Einwendungen. Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nicht öffentlichen Teils genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Herr Kienel berichtet, dass auf städtischen Konten zurzeit 862.000 € verfügbar sind. Als Tagegeld sind weitere 6 Mio. € angelegt, resultierend aus dem Steuertermin vom 15.05.2007. An routinemäßigen Ausgaben werden für die kommenden Wochen rd. 2,67 Mio. € für die Besoldung, Kreisumlage u. a. erwartet.

Es ist beabsichtigt, einen Teilbetrag von rd. 4 Mio. € als Festgeld anzulegen.

Im Hinblick auf die im 1. Nachtragshaushalt 2007 vorgesehene Reduzierung der Gewerbesteuer von 22,5 auf 19,5 Mio. € wird ausgeführt, dass das Anordnungssoll gegenwärtig bei rd. 17,3 Mio. € liegt.

Anmerkung auf Nachfrage zur Einkommenssteuer

Der Einkommenssteueranteil der Stadt wird ermittelt durch Steuerschätzungen des Bundes, die wiederum regionalisiert werden für die Länder. Danach sind auf Schleswig-Holstein landesweit 707 Mio. € zu verteilen. Die Schlüsselzahl wird für alle Kommunen alle 3 Jahre neu festgesetzt und liegt für Ahrensburg seit 2006 bei 0,0154613.

Zum Verteilungsschlüssel für die Einkommensteuer:

Nach Art. 105 Abs. 5 GG erhalten die Gemeinden einen Anteil zu dem Aufkommen der Einkommensteuer, der von den Ländern an ihre Gemeinden auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner weiterzuleiten ist. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz. Dabei handelt es sich um das Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz). Gem. § 3 (1) dieses Gesetzes wird der Schlüssel für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer wie folgt ermittelt:

Für jede Gemeinde wird eine Schlüsselzahl festgestellt. Sie ist der in einer Dezimalzahl ausgedrückte Anteil der Gemeinde an dem nach § 1 auf die Gemeinden eines Landes entfallenden Steueraufkommen. Die Schlüsselzahl ergibt sich aus dem Anteil der Gemeinde an der Summe der durch die Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und über die Lohnsteuer ermittelten Einkommensteuerbeträge, die auf die zu versteuernden Einkommensbeträge bis zu 30.000 Euro jährlich, in den Fällen des § 32 Abs. 5 oder des § 32 a Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes, jeweils in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1997 (BGBl. I S. 821) – zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2000 (BGBl. I S. 812) – bis zu 60.000 Euro jährlich entfallen. Für die Zurechnung der Steuerbeträge an die Gemeinden ist der in der Bundesstatistik zugrunde gelegte Wohnsitz der Steuerpflichtigen maßgebend.

Auslöser der Aufstellung dieses 1. Nachtragshaushaltes 2007 ist, wie ausgeführt, die erhebliche Reduzierung der Gewerbesteuereinnahmen in diesem Haushaltsjahr. Diese Veränderung wurde zum Anlass genommen, einen Entwurf überwiegend mit Positionen des Finanzausschusses zu erstellen und in diesen auch weitere beabsichtigte Veränderungen, die im Wesentlichen in der Vorlage ausgeführt sind, darzustellen. Bei den dargestellten Ausgaben des Verwaltungshaushalts handelt es sich darüber hinaus um Veränderungen, die in entsprechenden Vorlagen bereits als notwendig bezeichnet wurden. Dieses betrifft insbesondere die Standortprüfung zur Archiverweiterung und die Kosten für die beiden Zukunftswerkstätten.

Ergänzend führt die Verwaltung aus, dass irrtümlich eine neue Schließanlage in Unterabschnitt 2116 statt Unterabschnitt 2114 veranschlagt wurde. Notwendig ist die Anschaffung einer Schließanlage für die Grundschule Am Hagen. Hier sind Mehrausgaben 11.000 € umzuschichten, um eine Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu vermeiden. Darüber hinaus wird mitgeteilt, dass die Erstattung eines Ausbaubeitrages (HHSt 6300.9872) sich um 2.000 € auf 8.500 € verringert.

Der Gewerbesteueransatz von 19,5 Mio. € wird für erreichbar gehalten. Diese Situation wird jedoch genau beobachtet werden, um ggf. im Rahmen eines 2. Nachtragshaushalts 2007 diesen Ansatz weiter abzuspannen. Zu HHSt 8800.9323 führt der Berichterstatter aus, dass hier mit dem Wunsch des Finanzausschusses entsprochen wird. Die Verpflichtungsermächtigung von 4,5 Mio. € wird nicht in einem Haushaltsjahr realisiert, sondern sich auf mehrere Haushaltsjahre verteilen. Die Verhandlungen werden entsprechend geführt.

Gegen die vorgesehenen Veränderungen werden keine Bedenken erhoben. Dies gilt auch für die heute vorgetragenen Ergänzungen.

Ein Ausschussmitglied macht jedoch darauf aufmerksam, dass durch die Verschiebungen der Ausgaben in das Jahr 2008 das kommende Haushaltsjahr finanziell eng werde. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass die Darlehensstilgung der GAG auch zukünftig nicht erfolgt, da hier eine Eigenkapitalerhöhung der GAG beabsichtigt ist. Entlastend wirkt sich lediglich aus, dass in Höhe von 1,66 Mio. € die allgemeine Rücklage durch den guten Jahresabschluss 2006 zum Ausgleich herangezogen werden kann. Die Verwaltung wird gebeten, den Bestand der Allgemeinen Rücklage zu erläutern.

Der Finanzausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Anmerkung der Verwaltung:

Die Rücklage hatte zum 31.12.2005 einen Bestand von 580.898 €, der sich durch die Zuführung 2006 (Jahresabschluss) um 1.309.336,77 € erhöht. Der Endbestand zum 31.12.2006 liegt somit bei 1.890.234 €. Vermindert um die nun im 1. Nachtragshaushalt 2007 dargestellte Entnahme von 1.664.300 € verbleibt ein Bestand von 225.934 €.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7 Fachziele

2007/036

Der Finanzausschussvorsitzende führt aus, dass sich seine Fraktion aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Verabschiedung von Fachzielen entschieden habe. In vielen Fällen - z. B. bei der erwähnten Anlagebewertung im Zuge des NKR - gäbe es bereits entsprechende Stadtverordnetenversammlungsbeschlüsse. Hierzu wird vom Berichterstatter darauf hingewiesen, dass die unter 8.0 genannten internen Ziele dem Finanzausschuss auch lediglich zur Kenntnis gegeben werden. Anders verhält es sich mit den strategischen Zielen zu 1.0 und 3.0.

Herr Koch befragt die anderen Fraktionen, wie diese zu der Beschlussvorlage stehen. Die Vertreter der SPD und der GRÜNEN erklären eine ähnliche Haltung wie die CDU.

Herr Koch weist ferner darauf hin, dass seine Fraktion Bedenken habe, Ziele für die nächste Wahlperiode zu verabschieden. Herr Beyrich ergänzt, dass der Hauptausschuss den Fachzielen nicht zugestimmt, sondern diese nur zur Kenntnis genommen habe.

Insgesamt spricht sich der Finanzausschuss dafür aus, den Tagesordnungspunkt bis auf Weiteres zurückzustellen.

8 Verschiedenes

– e n t f ä l l t –

9 Kenntnisnahmen

– e n t f ä l l t –

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Angela Haase
Protokoll